



## **Niederschrift** **zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des** **Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der** **Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Montag, den 11.02.2019  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,  
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Thomas Blanke

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Norbert Magasch

Herr Dr. Rainer Reinecke

Frau Waltraud Schröder

Herr Rolf von Lützwow

Vertretung für Herrn Olaf Manthey

Vertretung für Frau Petra Miersch

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Joachim Büder

#### **Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

#### **Amtsleiterin Ordnungsamt**

Frau Stefanie Wegner

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

Herr Fred Hasselmann

#### **Protokollantin**

Frau Carmen Schulze

#### **Gäste**

Frau Karola Andrae

Bürgerin

Herr Sven Gebhardt

Tierheim Zossen

Herr Matthias Juricke

Ortsvorsteher Horstfelde

Frau Barbara Kaulen

Plan B

Herr Holger Knieling

Tierheim Zossen

Herr Edgar Leisten

Stadtverordneter

Frau Martina Leisten

Bürgerin

Herr Frank Pechhold

MAZ

Herr Denny Rehfeldt

Tierheim Zossen

Herr Reinhard Schulz

Stadtverordneter

Frau Theresa Voltz

Bürgerin

Herr Uwe Voltz

Bürger

Herr Matthias Wilke

Stadtverordneter

### **Es fehlen:**

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Olaf Manthey

entschuldigt

Frau Petra Miersch

entschuldigt

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Blanke, um 19:00 Uhr eröffnet.

**zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern waren fünf Mitglieder anwesend. Die Sitzung war somit beschlussfähig.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Einwendungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung. Die Abstimmung erfolgte in vorliegender Form.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

**zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 27.08.2018**

Es gab keine Einwendungen zur o. g. Niederschrift. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

**zu 5 Bericht aus der Verwaltung**

Frau Schreiber berichtete über den Stand PlusBus wie folgt:

- Guter Takt zwischen Wünsdorf-Ludwigsfelde-Potsdam.
- Nur abgehängte Ortsteile werden nicht angefahren. Verwaltung setzt alles daran, um auch diese Lücken zu schließen.

**zu 6 Einwohnerfragestunde**

Frau Andrae:

1. Was ist das für eine Absperrung an der Goetheschule Zossen heute?
2. Gilt noch die Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet Innenstadt Zossen? Haus am Kietz: Makler macht Werbung, obwohl dieser nicht ansässig ist.
3. Stadtblatt: Auslieferung wurde von Mittwoch auf Samstag umgestellt. Auslieferung ist jetzt noch schlimmer als mittwochs.
4. Straße an der Befreiung: Unhaltbare Situation – Mülltonen werden auf die öffentliche Straße gestellt, kann so nicht bleiben (lebensgefährlich).

Frau Schreiber:

Zu 1.: Kann zu der Absperrung nichts sagen, kennt den Sachverhalt nicht.

Zu 2.: Die Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet Innenstadt Zossen ist immer noch gültig.

Zu 3.: Bisher lägen ihr keine massiven Rückmeldungen vor. Der Sachverhalt wird zur Prüfung weitergeleitet.

Zu 4.: Der Sachverhalt wird zur Prüfung weitergeleitet.

Herr Knieling (Vorstand Tierheim Zossen) bekam auf Nachfrage von Herrn Blanke ein Rederecht zu TOP 9.2.

**zu 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Keine Anfragen und Mitglieder.

**zu 8 Beratung von Beschlussvorlagen**

**zu 8.1 Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Zossen für das Jahr 2019 über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG) in der derzeit gültigen Fassung  
Vorlage: 012/19**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ordnungsbehördliche Verordnung (OBV) der Stadt Zossen über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass gemäß § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLÖG)*

a) *in der vorliegenden Form.*

*oder*

b) *in der laut Protokoll geänderten Fassung.*

Abstimmung zu a): 5 / 0 / 0

Damit wurde die Beschlussvorlage einstimmig zur Entscheidung in die Stadtverordnetenversammlung empfohlen.

## **zu 8.2 Einrichtung von Tempo 30-Zonen im gesamten Stadtgebiet Vorlage: 010/19**

### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1.) *Für folgende Bereiche sind Tempo 30- Zonen einzurichten:*

- *für alle B-Pläne, in denen Wohnbebauung ausgewiesen ist und wird*
- *für alle alten B-Pläne, in denen Wohnbebauung ausgewiesen wurde*
- *für alle kommunalen Straßen*
- *für alle Bundes-, Landes- und Kreisstraßen*
- *insbesondere für die Ortsteile Glienick, Horstfelde, Schünow, Kallinchen, Lindenbrück, Nächst Neuendorf, Nunsdorf, Schöneiche, Wünsdorf und Zossen mit den Gemeindeteilen Werben, Zesch am See, Funkenmühle, Neuhof, Waldstadt und Dabendorf*

2.) *Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahren durchzuführen und entsprechende Anträge zu stellen.*

Frau Schreiber informierte ausführlich über die Beschlussvorlage.

Die Bearbeitungsliste 30 km/h Anträge (vor sensiblen Bereichen) wurde noch einmal an alle Ausschussmitglieder des Ausschusses RSO mit der Einladung versandt. Die Bearbeitungsliste wurde bereits zur Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2019 als Anlage zum Bericht aus der Verwaltung an alle Stadtverordneten zur Kenntnis verteilt.

Nach ausführlicher Diskussion erfolgte folgende Festlegung durch den Ausschuss RSO:

Die Beschlussvorlage 010/19 wurde vertagt zur Anhörung in alle Ortsbeiräte. Die Ortsbeiräte erhalten folgenden Arbeitsauftrag:

- *Jeder Ortsbeirat soll für seinen Bereich darüber beraten und vorschlagen, auf welchen Straßenabschnitten Tempo 30-Zonen eingerichtet werden sollen, damit die Verwaltung die erforderlichen Verfahren durchführen und entsprechende Anträge stellen kann. Dabei sind auch die Park-und Halteverbotszonen zu beachten.*
- *Die schriftliche Anhörung der Ortsbeiräte erfolgt bis 30.04.2019.*
- *Wiedervorlage nach der Kommunalwahl in den Ausschuss RSO. Danach erfolgt die Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung.*

Die Verwaltung wird die Ortsbeiräte in einer schriftlichen Anhörung über den Arbeitsauftrag des Ausschusses RSO informieren.

Abstimmung zur o. g. Vorgehensweise: 5 / 0 / 0

## **zu 8.3 Benutzungsordnung der Stadt Zossen für die Strandbäder in den Ortsteilen Kallinchen, Lindenbrück und Wünsdorf Vorlage: 011/19**

### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt unter Aufhebung der Beschlussvorlage Nr. 076/07 – Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadt Zossen für das Strandbad Kallinchen - die in der Anlage zu diesem Beschluss befindliche Benutzungsordnung der Stadt Zossen für die Strandbäder in den Ortsteilen Kallinchen, Lindenbrück und Wünsdorf*

- a) *in der vorliegenden Form*
- b) *mit den aus dem Sitzungsprotokoll ersichtlichen Änderungen.*

Hinweis von Herrn von Lützwow zum Titel der Beschlussvorlage 011/19: Das Wort: „Strandbäder“ muss **Strandbäder** heißen.

Frau Schreiber nahm, als Einreicherin der Beschlussvorlage, den Hinweis entgegen. Der o. g. Schreibfehler wird im Original der Beschlussvorlage korrigiert. Die Kopien der Beschlussvorlage an die Gremienmitglieder werden jedoch nicht ausgetauscht. Frau Schreiber wird diesen Hinweis in den zuständigen Gremien ansagen.

Frau Schreiber berichtete wie folgt:

Wie auf der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Landesgartenschau der Stadt Zossen (KTL) am 13.11.2018 festgelegt, war eine aktualisierte Fassung der gegenständlichen Benutzungsordnung durch die Verwaltung vorzubereiten.

In der nicht öffentlichen gemeinsamen Sitzung des KTL und des RSO (Ausschuss für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen) am 28.01.2019 wurde mehrheitlich empfohlen, in allen Strandbädern der Stadt Zossen für ca. 1/5 der Fläche des jeweiligen Strandbades einen FKK-Bereich vorzusehen und dies in der Benutzungsordnung der Stadt Zossen für die Strandbäder in den Ortsteilen Kallinchen, Lindenbrück und Wünsdorf umzusetzen.

Herr von Lützwow:

Warum wurde die Beschlussvorlage nicht zur Anhörung in die 3 Ortsbeiräte Kallinchen, Lindenbrück und Wünsdorf gegeben?

Frau Schreiber erklärte, dass die Benutzungsordnung der Stadt Zossen laut Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) nicht anhörungspflichtig sei. Frau Schreiber stimmte jedoch, als Einreicherin der Beschlussvorlage, dem Vorschlag von Herrn von Lützwow zu. Die Ortsbeiräte Kallinchen, Lindenbrück und Wünsdorf werden im Zuge einer schriftlichen Anhörung gebeten, Ihre Stellungnahmen bis zum 13.03.2019 bei der Bürgermeisterin abzugeben.

Nach ausführlicher Diskussion erfolgte die Abstimmung der Beschlussvorlage 011/19 in vorliegender Form, mit der Maßgabe der Anhörung der Ortsbeiräte Kallinchen, Lindenbrück und Wünsdorf bis zum 13.03.2019.

Abstimmung: 4 / 0 / 1

Damit wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich zur Entscheidung in die Stadtverordnetenversammlung empfohlen.

#### zu 8.4 **Umsetzung der Stadtordnung und Straßenreinigungssatzung Vorlage: 019/18**

##### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig die Stadtordnung und die Straßenreinigungssatzung hart durchzusetzen. Alle vor den privaten Grundstücken auf öffentlichen Flächen durch Private aufgestellten Poller, Steine etc. sowie alle privat erfolgten Anpflanzungen von Büschen, Gehölzen, Blumen etc. sind zu entfernen.*

*Im ersten Schritt sind die betroffenen Bürger freundlich aufzufordern, diese Dinge zu entfernen. In letzter Konsequenz erfolgt die Ersatzvornahme durch die Stadt Zossen.*

oder

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig die Stadtordnung und die Straßenreinigungssatzung bezüglich der „privat genutzten“ öffentlichen Verkehrsflächen nicht durchzusetzen und insbesondere keine Anpflanzungen und Absperrmaßnahmen von Dritten zu entfernen.*

oder

3. *Andere Vorschläge zum Umgang mit der Problematik, die aber die erforderliche*

*Gleichbehandlung berücksichtigt:*

- 
- 
- 

Die tabellarische Zusammenfassung der schriftlichen Anhörung aller Ortsbeiräte wurde an alle Ausschussmitglieder des Ausschusses RSO mit der Einladung versandt.

Frau Schreiber informierte wie folgt.

- Kann keine Zusammenfassung der Ortsbeiräte nennen. Es ist kein gemeinsamer Nenner der Ortsbeiräte zu erkennen.
- Zahlen aus dem Ordnungsamt 2018
  - ⇒ insgesamt 393 Feststellungen zu Verstößen
  - ⇒ davon 179 Knöllchen
  - ⇒ davon 214 schriftliche Verwarnungen

Fazit:

Schriftliche Verfahren wurden besser umgesetzt. Ordnungsamt konnte konsequenter agieren.

Nach ausführlicher Diskussion über rechtliche Möglichkeiten, konnte wiederum kein gemeinsamer Konsens gefunden werden. Daher wurde der Tagesordnungspunkt ungeklärt beendet.

## **zu 9 Anträge von Fraktionen**

### **zu 9.1 Antrag der Fraktion Die Linke vom 14.11.2018, eingegangen am 15.11.2018: Pestizidfreie Kommune- bienen- und insektenfreundlich Vorlage: 089/18**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen, dass:

1. Ab sofort/schrittweise auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einzusetzen.
2. Private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
3. bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte initiiert werden.
4. bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag verankert wird.
5. private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung aufgefordert werden.
6. Bürger\*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informiert werden und gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giffreie Maßnahmen beim Gärtnern aufgezeigt werden.

Der Fraktionsantrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2019 in die Ausschüsse RSO und KTL verwiesen.

Frau Schreiber brachte unmissverständlich ihr Unverständnis über den unverschämten Fraktionsantrag zum Ausdruck. Seit bereits 10 Jahren werden seitens der Stadt Zossen keine chemisch-synthetische Pestizide (Pflanzenschutzmittel) mehr eingesetzt und das wissen auch alle Stadtverordneten ganz genau. Dieser negative Eindruck darf auf keinen Fall hinterlassen werden.

Herr Reinecke bedauerte den missverständlichen Antrag seiner Fraktion und machte ausführliche Anmerkungen dazu. Der Antrag war auf keinen Fall gegen die Stadt Zossen gerichtet. Die Fraktion wird den Antrag noch einmal neu überdenken und ggf. zur nächsten Stadtverordnetenversammlung neu einreichen.

Frau Schreiber räumte am Ende der Diskussion die Möglichkeit ein, zu dem Punkt 6. des Beschlusstextes aufklärend im Stadtblatt zu informieren. Konform gehe sie auch mit den letzten 3 Sätzen der Begründung des Fraktionsantrages. Dahingehend bat Frau Scheiber um Neueinreichung eines geänderten Antrages zur nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Durch den Ausschuss RSO wurde keine Empfehlung des Fraktionsantrages 089/18 abgegeben.

**zu 9.2 Antrag des Stadtverordneten Herrn Edgar Leisten vom 17.11.2018, eingegangen bei der Stadt Zossen am 20.11.2018: Die SVV bittet die Verwaltung erneute Verhandlung mit dem Tierheim Zossen zum Abschluss eines Fundtiervertrages aufzunehmen**  
**Vorlage: 090/18**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge die Verwaltung bitten, über den Abschluss eines Fundtiervertrages mit dem Tierheim Zossen erneute Verhandlungen aufzunehmen.*

Der Fraktionsantrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2019 in den Ausschuss RSO verwiesen.

Eine zusammenfassende Darstellung zum TOP 9.2 wurde durch die Verwaltung als Tischvorlage an alle anwesenden Ausschussmitglieder und anwesenden Stadtverordneten zur Kenntnis verteilt. Die restlichen Stadtverordneten erhalten die Tischvorlage über die Postfächer.

Frau Schreiber machte kurze Ausführungen zu der o. g. Zusammenfassung.

Kurze Pause um 20:32 Uhr  
Ende der Pause um 20:39 Uhr.

Es gab noch Beratungsbedarf mit den Anwesenden vom Tierheim Zossen. Herr Blanke stellte daher um 20:41 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Alle Anwesenden Gäste und die Protokollantin verließen den Beratungsraum.

Um 21:05 Uhr wurde die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt.

Herr Blanke verlas das Schreiben des Tierheims Zossen vom 17.01.2019. Das Schreiben wurde an das Protokoll übergeben.

Fazit:

Frau Schreiber sieht momentan keine Veranlassung einen neuen Vertrag oder eine Ausschreibung zu veranlassen; wartet die Zahlen im Jahr 2019 ab, um dann die Kosten feststellen zu können.

Des Weiteren wird Frau Schreiber einem Pauschalvertrag nie zustimmen, um die Kontrolle zu behalten.

Herr Blanke fasste zusammen:

- 2019 - Testjahr als Prüfstand.
- Es gibt keinen Anspruch auf einen Vertrag.

Der Ausschuss RSO gab keine Empfehlung zum Fraktionsantrag 090/18 ab.

**zu 10 Beratung zur Änderung der Kommunalverfassung (Stand 29.06.2018) und sich daraus ergebender kommunaler Anpassungsbedarf (Wiedervorlage)**

Von den Fraktionen lagen noch keine Ergebnisse vor.

Wiedervorlage des Beratungspunktes zum nächsten Ausschuss RSO nach der Kommunalwahl.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 21:43 Uhr.